

corps soll bereits so weit vorgeschritten sein, daß die Concentrirung desselben in Berlin demnächst bevorsteht. (Das in der Bildung begriffene zehnte Artillerie-Regiment gehört zu diesem neuen Armeecorps.)

Die V. D. - Z. erzählt: „Als der König am 5. Juni Vormittag vor seinem Palais durchmarschierende Truppen besichtigte, stürzte plötzlich ein offenbar irrthümlicher Mensch (man sagt, es sei ein Schreiber aus einem Berliner Bureau) vor dem Könige nieder, umklammerte fest dessen Kniee und erklärte, daß er auf Geheiß der ihm erschienenen Jungfrau Maria den König beschwöre, keinen Krieg anzufangen. Der Vorfall machte momentan großes Aufsehen, doch gelang eine baldige Entfernung des Wahnsinnigen, der zunächst in Polizeigewahrsam gebracht wurde.“

Der Constitutionnel meldet: Wir kennen bereits den Eindruck, den auch in London und Petersburg die österreichische Antwort auf die Einladung zur Conferenz gemacht hat. Man hat sich sofort mit Recht gefragt, wozu die Conferenz noch dienen sollte, wenn Oesterreich bei seinen jetzigen Vorfällen beharrte. Zwei Fragen würden dadurch von der Tagesordnung der Conferenz gestrichen werden: die wegen der Herzogthümer, welche Oesterreich dem Bundestage zur Entscheidung vorgelegt hat, und die über Venetien, in Bezug auf welche Oesterreich verlangt, daß dieselbe nicht berührt werden solle. Es bliebe also nur noch die deutsche Bundesreform, welche Oesterreich eventuell vor die Conferenz gelangen lassen wollte. Die Lösung dieser Frage aber könnte nur Deutschland angehen, so weit sie nicht das europäische Gleichgewicht berühre; Europa aber könne unmöglich zu Beratungen über eine bloße Möglichkeit zusammentreten. Wir beklagen aufrichtig die vom Wiener Cabinet angenommene Haltung. Jede Macht begreift allerdings ihre Pflichten und Interessen auf ihre Weise; aber es will uns bedünken, daß Europa wohl berechtigt wäre von Seiten einer conservativen Großmacht andere Entschlüsse zu erwarten.

Der Kriegscrcdit von 7,700,000 Gulden ist von der Württembergischen Kammer ohne jede Bedingung mit allen gegen 8 Stimmen verwilligt worden.

Man hört aus Weimar, daß man für das dortige Bundescontingent Vorbereitungen zu einer möglichen Mobilmachung trifft; auch für die Contingente der anderen Thüringischen Staaten scheint man gleiche Maßregeln zu erwarten. So schreibt man aus Gotha: Die Conflict, welche aus der mit dem Königreich Preußen abgeschlossenen Militairconvention bei den dormaligen Wirren zu erwachsen drohten, werden abgewendet. Das Regiment Coburg-Gotha wird, seiner bundesmäßigen Bestimmung entsprechend, vorläufig — d. h. bis überwältigende Zeitereignisse etwas anderes herbeiführen — eben so wie die Contingente der übrigen sächsischen Herzogthümer zur Besetzung der Bundesfestung Mainz mobil gemacht werden.

Alle Nachrichten, die heute (am 6. Juni) bis gegen Abend eingegangen sind, lauten dahin, daß die Pariser Conferenz nicht zu Stande kommen und, in Folge davon, der Krieg kaum noch zu vermeiden sein dürfte.

In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung wurde der bayerische Antrag wegen Ordnung der Besatzungsverhältnisse in Frankfurt, Mainz und Rastatt einstimmig angenommen. Die Entfernung der österreichischen und preussischen Garnisonen aus diesen Plätzen steht daher in Aussicht.

### Vom Landtage.

Bei überfüllten Tribünen fand gestern (5. Juni) die Debatte der 2. Kammer über die gegenwärtige Lage Deutschlands, resp. die Bewilligung des Geldes für die sächsischen Rüstungen statt. Am Ministertische nahmen die Herren Minister v. Beust, v. Friesen, v. Falkenstein, Dr. Schneider Platz, der Kriegsminister fehlte. Das Deputationsgutachten ist bekannt, der Hauptredner der Linken war der Abgeordnete Schred. Derselbe ging in längerer, oft von Beifall, auch der Gallerieen begleiteter Rede vom deutschen Standpunkt aus. Niemand wolle in Deutschland Krieg, als die beiden Cabinette in Wien und Berlin. Nach dem enormen Rüstungsstände Streit wegen des Abrüstens. Inzwischen studirte der Congress Napoleons, welche deutschen Länder verlaupelt werden könnten. Nach lebhafter Schilderung dieser Misere erklärte Abg. Schred unter lautem Beifall: Angesichts dieser Ereignisse ist es Pflicht, auszusprechen, daß das Verfahren der deutschen Großmächte ein sittlich-häßliches und zu brandmarken sei als Schmach des 19. Jahrhunderts. Wir Sachsen widerstreben der Annexion sowohl an Oesterreich als an Preußen. (Es folgte eine lebendige Schilderung der gegen alles Deutschthum gerichteten, den Protestantismus bedrohenden habsburgischen Politik, die kaiserliche Regierung, hilfreich den Magyaren, Tschechen, Kroaten und selbst Italiern in Triest und Tyrol gegen die Deutschen, sei nur deutsch in der größten Finanzcalamität; hinter ihr aber stünde der katholische Klerus, hinter der österreichischen Armee kämen Pfaffen und Kroaten. Wehe uns, wenn wir unter dieses Regiment kämen! Doch diese Besorgnis sei zerstreut durch die Thronrede.) Auch die Annexion durch Preußen sei ein Unglück,

die unberechtigte Gewalt soll nie zur Herrschaft gelangen. Oft aber seien Fehler der preussischen Regierung dem preussischen Volke angerechnet worden. Das preussische Volk sei intelligent und unser Freund, die preussische Regierung unser Aller Feind. (Lebhaftes Bravo!) Diese letztere wolle unserer Dynastie den Thron entziehen, unseres Landes Wohlstand sich anmaßen. Gegenüber solcher Annahme sei in Sachsen Alles einig: Fürst und Volk, Linke und Rechte in der Kammer. (Bravo!) Er wünsche, daß diese Worte in Berlin gehört würden. Ueber die Rüstungsfrage wolle er nichts sagen. Wenn es hiesse: die sächsische Regierung rüste eine Elbflotte gegen die preussische Marine aus, so würde das Berliner Cabinet das glauben und daraus gegen Sachsen Capital schlagen; das einzige Mittel, weder österreichisch, noch preussisch zu werden, sei ein Parlament. Anzuerkennen sei die Bereitwilligkeit der Regierung, doch warne er vor zu großem Vertrauen. Dreimal schon habe sich die Regierung für ein solches erklärt; er bäte die Vorkehrung, daß die Regierung auch dann, wenn sich die Wogen gelegt, dafür sei, — ein viertes Mal wäre es zu spät. Schließlich wünschte er endlich die Wünsche des sächsischen Volkes erfüllt zu sehen: Geschwornengerichte, größere Press- und Vereinsfreiheiten, ein freisinnigeres Wahlgesetz.

Zum Schluß ergriff Staatsminister v. Beust das Wort, um in dreiviertelstündiger, von öfterem Bravo unterbrochener Rede den Standpunkt der Regierung nach allen Seiten hin zu wahren. Wir geben nur folgende Einzelheiten der Rede, die allgemeines Interesse haben, ohne weiteren Zusammenhang: Er menge nicht gern Persönlichkeiten in die Debatte, hier aber habe er es nur mit den vorzüglichsten Eigenschaften des Grafen v. Bismarck zu thun, das möge entschuldigen, wenn er sage: dieser Mann zeichne sich durch einen außerordentlichen, aber nicht etwa persönlichen Ehrgeiz aus, sondern durch hohe Vaterlandsliebe für Preußen, thatkräftige Entschlossenheit des Handelns, durch große Intelligenz; daneben möge man manche glückliche Fügungen des Geschicks auf die Schwächen und die Nachgiebigkeit des Gegners stellen, so werde die Kammer die Vorsicht der Regierung begreifen, die nach wichtigen Nachrichten, welche aus guter Quelle kamen, zu ernstern Maßregeln griff. Er wolle nicht an Friedrich II. (1756) erinnern, aber man denke an Rendsburg 1863! Man würde sonst nicht begreifen, warum die officiöse Presse Preußens Sachsen zu ganz friedlicher Zeit als drohend ausgegeben und sich mit dem Gedanken belustigt habe, daß ein gutes Schlachtfeld und eine gewonnene Schlacht mehr werth seien, als die Freundschaft eines kleinen Staates (Sensation in der Kammer). Das Bismarck'sche Parlaments-Project sei dadurch gekennzeichnet, daß in vier Wochen nur eine Bundestagsitzung habe stattfinden können, weil der preussische Gesandte nicht da war, und nur mit großer Mühe habe man ihn genöthigt, mündlich und dann schriftlich sich zu äußern. Die Regierung würde mit Ernst an das Parlament gehen, er bäte um Vertrauen. In Bezug auf die Schred'schen Andeutungen wegen Oesterreich gab er die bestimmte Versicherung, daß die sächsischen Beziehungen zu Oesterreich nie durch eine andere Betrachtung geleitet würden, als einestheils Erfüllung der Bundespflicht und andererseits Beachtung der eigenen Landesinteressen sie erfordere. Seit fünfzehn Jahren habe sich dies genugsam bewahrheitet. — Redner weist auf das Verhalten Sachsens in der orientalischen Frage, auf das mutige Vorgehen in Sachen des deutsch-französischen Handelsvertrags, auf die Anerkennung Italiens u. hin, um darzuthun, daß in dieser Beziehung zu keiner Beunruhigung Anlaß gegeben sei. Weder dynastische, noch religiöse Interessen gäben den Ausschlag, wenn sie nicht mit den Interessen des Volks zusammenfielen. Aber freilich könne andererseits die Regierung auch nicht bevormunden, daß man Oesterreich aus Deutschland hinauswerfe. Redner geht dann auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit und auf das Entstehen des jetzigen Conflictes ein, wobei man zugeben müsse, daß Oesterreich lange Zeit nachgiebig gegen Preußen sich gezeigt und darüber selbst das Bundesrecht mißachtet habe. Auf die friedliche Haltung Oesterreichs habe nun Preußen einen Druck folgen lassen zu können geglaubt, den Oesterreich dann ernst genommen habe, während nun Jenes vielleicht erkenne, daß es seine Kräfte überschätzt. Was Sachsen betreffe, so liege das Verhältniß klar vor und, wenn er nicht beim Bundestage gegen die wiederholte Behauptung der Priorität der sächsischen Rüstungen protestirt habe, so komme dies daher, daß — wenn auch Preußen es nicht unter seiner Würde halte, sich durch Einberufung einiger sächsischer Recruten für bedroht zu halten, es doch die sächsische Regierung, nachdem sie einmal widersprochen, unter ihrer Würde erachte, dasselbe noch einmal zu wiederholen. (Bravo. Sehr gut.)

### Stadtheater.

„Preciosa“, am 3. Juni hier neu einstudirt gegeben, war für die Leipziger Bühne eine Novität des Jahres 1822 und die damalige Besetzung wie folgt: Don Alonzo Stein, Biarda Frau Schmella, Preciosa Frau Christine Genast geb. Böhlen, Schloßvogt Pedro Koch u. Seitdem haben die Zeiten sich freilich gewaltig umgeändert! In Berlin, wo das Stück jetzt ebenfalls wieder, wie hier bei uns und wie auch in Wien, auf dem Repert-

toir  
der  
dar  
als  
spä  
fie  
mu  
Bu  
Eff  
wir  
gen  
lon  
un  
zu  
ma  
mi  
ber  
Ja  
ein  
13  
M  
sch  
br  
ob  
ih  
st  
E  
ni  
be  
ge  
al  
w  
3  
h

L  
g  
t  
r  
L

L  
g  
t  
r  
L

L  
g  
t  
r  
L

L  
g  
t  
r  
L

L  
g  
t  
r  
L